

Amtsblatt



Landkreis Straubing-Bogen

- Heimat des Bayerischen Rautenwappens -

Sprechzeiten: Mo. bis Fr. 7.45 bis 12.00 Uhr, Mo. 13.00 bis 16.00 Uhr, Do. 13.00 bis 17.00 Uhr

KFZ-Zulassung und Führerscheinstelle: Mittwoch nachmittags geschlossen, übrige Zeit nach Vereinbarung (bitte nutzen Sie auch diese Möglichkeit), **Schalterschluss** in der **Zulassungsstelle** jeweils ½ Stunde vor Ende der Sprechzeiten:

Sie erreichen uns mit dem **Stadtverkehr SR, Linie 3**, mit der **Bahn, Haltestelle Straubing-Ost**

Nr. 19

01. Juni 2023

52. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis:

		Seite:
1.	Aufgebot einer verloren gegangenen Sparurkunde	176
2.	Manövermeldung	177
3.	Beantragung eines Aufgebotes für ein Sparkassenbuch	178
4.	Haushaltssatzung des Schulverbandes Niederwinkling-Mariaposching für das Haushaltsjahr 2023	179/180
5.	Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Zweckverbandes Müllverwertung Schwandorf für das Haushaltsjahr 2023	181/193
6.	Fleischhygienerecht, Personelle Veränderungen in der amtlichen Fleischuntersuchung ab 01.06.2023 Verzeichnis der Fleischhygienebezirke im Landkreis Straubing-Bogen	194/203
7.	3. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Kreismusikschule des Landkreises Straubing-Bogen	204/205
8.	Beteiligungsbericht 2021	206
9.	Manövermeldung	207

Amtsblatt des Landkreises Straubing-Bogen

Das Amtsblatt erscheint als Nachrichtenblatt des Landkreises und aller anderen Behörden zweimal monatlich bzw. nach Bedarf.

Herausgabe, Druck und Vertrieb: Landratsamt Straubing-Bogen, Leutnerstr. 15, 94315 Straubing

Tel.: 09421/973-0 Fax: 09421/973-230

Internet: www.landkreis-straubing-bogen.de

E-Mail: landratsamt@straubing-bogen.de

Verantwortlich für den Inhalt: Einsender bzw. Unterzeichner der betreffenden Bekanntmachungen

Aufgebot

einer verloren gegangenen

Sparurkunde

Die Sparurkunde

Sparkassenbuch KontoNr. 3420518358
ist in Verlust geraten.

Antragsteller

Agnes Hofmann

Der Vorstand der Sparkasse Landshut erlässt gemäß Artikel 35 AGBGB zum Zwecke der Kraftloserklärung das Aufgebot.

Der Inhaber dieser Sparurkunde wird hiermit aufgefordert, seine Rechte unter Vorlage der Urkunde bis spätestens 21.08.2023

bei der Sparkasse Landshut anzumelden. Werden bis zum vorgenannten Termin keine Rechte geltend gemacht, so erfolgt anschließend die Kraftloserklärung der Sparurkunde.

Landshut, den 15.05.2023

Sparkasse Landshut

Geisler

Gallwitz

MANÖVERMELDUNG

Manöver und andere Übungen der Bundeswehr und der Streitkräfte der Entsendestaaten (Bekanntmachung der Bayer. Staatskanzlei vom 11.07.1983, StAnz Beilage Nr. 30 vom 29.07.1983);

Manövermeldung im Landkreis Straubing-Bogen

Verband:

Sanitätslehrregiment, Mitterharthausen 55, 94351 Feldkirchen

Art und Name:

Informationslehübung Sanitätsdienst der Bundeswehr 2023 (ILÜ SanDstBw 23)

Übungsraum:

Standortübungsplatz Metting – Gäubodenkaserne – Landkreis Straubing-Bogen

Voraussichtliche Ballungsräume:

Besonderheiten:

Verwendung von Pyrotechnik

Zeit:

12.06. – 29.06.2023

Der Bevölkerung wird nahegelegt, sich den Einrichtungen der übenden Truppen und von evtl. liegengebliebenen militärischen Sprengmitteln (Fundmunition und dgl.) fernzuhalten. Auf die Strafbarkeit des Auflesens von Sprengmitteln wird hingewiesen.

Wer Kampfmittel findet, hat dies unverzüglich der nächsten Polizeidienststelle anzuzeigen. Zuwiderhandlungen können nach § 18 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen als Ordnungswidrigkeit geahndet werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass Übungsschäden, welche die Bundeswehr allein verursacht hat bzw. die Stationierungskräfte allein oder gemeinsam mit der Bundeswehr verursacht haben oder deren Verursacher unbekannt ist, bei der zuständigen **Gemeinde** anzumelden sind, welche Meldung nach Formblatt direkt an das Bundeswehr-Dienstleistungszentrum Bogen weiterleitet bzw. die Schäden bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Schadensregulierungsstelle, Regionalbüro Süd Nürnberg, Rudolphstraße 28 - 30, 90489 Nürnberg, anmeldet.

Die Gemeinden werden gebeten, für die ortsübliche Bekanntmachung zu sorgen sowie die Jagdausübungsberechtigten und die Bewohner abgelegener Gemeindeteile und Gehöfte von der Übung zu verständigen.

Einwendungen gegen diese Übung oder einschränkende Bedingungen sind dem Landratsamt Straubing-Bogen unverzüglich mitzuteilen.


Steinbauer

Landratsamt Straubing-Bogen
Leutnerstraße 15 · 94315 Straubing
Telefon 09421/973-0
landratsamt@landkreis-straubing-bogen.de
www.landkreis-straubing-bogen.de

Sprechzeiten:
Montag bis Freitag 7.⁴⁵ - 12.⁰⁰ Uhr, Montag 13.⁰⁰ - 16.⁰⁰ Uhr,
Donnerstag 13.⁰⁰ - 17.⁰⁰ Uhr
Zulassungsstelle und Führerscheinstelle bieten gesonderte Öffnungszeiten.
Sie erreichen uns mit dem Stadtverkehr Straubing, Linie 3 und mit der Bahn, Haltestelle Straubing-Ost

A U F G E B O T

Das Aufgebot wurde für das Sparkassenbuch Nr. 4301094746 beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird hiermit aufgefordert, binnen 3 Monaten vom heutigen Tage an, seine Rechte bei der Sparkasse Niederbayern-Mitte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Landau, den 26.05.2023

SPARKASSE NIEDERBAYERN-MITTE

gez. Anja Kaiser
-Privatkunden-Abteilungsleiterin



Haushaltssatzung

des

Schulverbandes Niederwinkling-Mariaposching (Landkreis Straubing-Bogen)

für das Haushaltsjahr 2023

Auf Grund der Art. 9 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG), Art. 40 Abs. 1 KommZG sowie der Art. 63 ff. der Gemeindeordnung (GO) erläßt der Schulverband Niederwinkling-Mariaposching folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 wird hiermit festgesetzt; er schließt im

Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit und im	538.850 Euro
Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben	136.500 Euro
= Gesamthaushalt ab,	675.350 Euro

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.



Schulverband Niederwinkling-Mariaposching

§ 4

1. Schulverbandsumlage:

- 1.1 Der durch sonstige Einnahmen nicht gedeckte Finanzbedarf (Umlagesoll) zur Finanzierung von Ausgaben im Verwaltungshaushalt wird für das Haushaltsjahr 2021 auf **425.850 Euro** festgesetzt und nach der Zahl der Verbandsschüler des Schulverbandes umgelegt (Verwaltungsumlage).
- 1.2 Für die Berechnung der Schulverbandsumlage wird die maßgebende Schülerzahl nach dem Stand vom 01. Oktober 2022 auf **168 Verbandsschüler** festgesetzt.
- 1.3 Die Verwaltungsumlage wird je Verbandsschüler auf **2.534,8214 €** festgesetzt.

2. Investitionsumlage:

Eine Investitionsumlage wird nicht erhoben.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf **80.000 Euro** festgesetzt.

§ 6

Die Schulverbandsumlage wird mit je einem Viertel des Jahresbetrages am 25. Januar 2023, 25. April 2023, 25. Juli 2023 und 25. Oktober 2023 zur Zahlung fällig.

§ 7

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem **01. Januar 2023** in Kraft.

Schwarzach, den 24. JAN. 2023


Ludwig Waas
Schulverbandsvorsitzender





ZWECKVERBAND MÜLLVERWERTUNG SCHWANDORF

Zweckverband Müllverwertung Schwandorf, Postfach 18 49, 92409 Schwandorf

Geschäftsstelle:

Alustraße 7
92421 Schwandorf

Tel.: 09431 631-0

Fax: 09431 631-999

per E-Mail

an alle Verbandsmitglieder des ZMS

Bankverbindung:

Sparkasse Schwandorf
IBAN: DE53 7505 1040 0380 1801 33
SWIFT-BIC: BYLADEM1SAD

Internet:

www.z-m-s.de
E-Mail: tim.dirmeier@z-m-s.de

Ihre Zeichen

Bitte bei Antwort angeben

☎ 09431 631-0

Telefax

Sachbearbeiter

Schwandorf,

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Durchwahl 128

631-88-128

Tim Dirmeier

22.05.2023

Bekanntmachung der Haushaltssatzung des ZMS für das Jahr 2023

Anlage

Amtsblatt der Regierung der Oberpfalz Nr. 6/2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Haushaltssatzung des Zweckverbandes Müllverwertung Schwandorf für das Jahr 2023 wurde im Amtsblatt der Regierung der Oberpfalz Nr. 6/2023 vom 16. Mai 2023, Seite 51, amtlich bekannt gemacht.

Es wird gebeten, gemäß § 23 der Verbandssatzung im Amtsblatt Ihrer Körperschaft auf die Bekanntmachung hinzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Dirmeier
Stv. Kämmerer

Verbandsvorsitzender: Landrat Thomas Ebeling

Stellvertreter: Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer
Landrat Klaus Peter Söllner
Oberbürgermeister Markus Pannermayr

Verbandsmitglieder: Landkreis Amberg-Weizsach, Landkreis Bayreuth, Landkreis Cham, Landkreis Kulmbach, Landkreis Landshut, Landkreis Neumarkt i. d. O.Pf., Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab, Landkreis Regensburg, Landkreis Schwandorf, Landkreis Tirschenreuth, Stadt Amberg, Stadt Bayreuth, Stadt Landshut, Stadt Regensburg, Stadt Weiden i. d. O.Pf., Abfallzweckverband Stadt und Landkreis Hof, Zweckverband Abfallwirtschaft Straubing Stadt und Land (G:Kämmerei\Haushaltsplanung\ZMS\Wirtschaftsplan 2023\Austertigung und Veröffentlichung\Anschreiben Verbandsmitglieder.docx)





Amtsblatt Regierung der Oberpfalz



79. Jahrgang

Regensburg, 16. Mai 2023

Nr. 6

Inhalt

Schulen

Verordnung über die Änderung der Organisation der Grundschule Am Rauhen Kulm Speinshart und der Markus-Gottwalt-Grundschule Eschenbach i.d.OPf., Landkreis Neustadt a.d.Waldnaab, vom 27. April 2023 Nr. ROP-SG44-5102.4-11-1..... 42

Bekanntmachungen der Zweckverbände

Haushaltssatzung des Zweckverbandes Nahverkehr Amberg-Sulzbach für das Haushaltsjahr 2023..... 42

Allgemeinverfügung Allgemeine Vorschrift im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Zweckverbandes Nahverkehr Amberg-Sulzbach über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif im Allgemeinen ÖPNV..... 43

Haushaltssatzung des Zweckverbandes Müllverwertung Schwandorf für das Jahr 2023 51

Besuchen Sie uns online: Das Amtsblatt der Regierung der Oberpfalz im Internet unter www.regierung.oberpfalz.bayern.de



Schulen

**Verordnung über die Änderung der Organisation
der Grundschule Am Rauhen Kulm Speinshart und
der Markus-Gottwalt-Grundschule Eschenbach i.d.OPf.,
Landkreis Neustadt a.d.Waldnaab,
vom 27. April 2023
Nr. ROP-SG44-5102.4-11-1**

Auf Grund von Art. 26, 29 und 32 Abs. 4 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-K), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2023 (GVBl S. 102), erlässt die Regierung der Oberpfalz folgende Rechtsverordnung:

§ 1

Der Gemeindeteil Zettlitz der Gemeinde Speinshart wird aus dem Sprengel der Markus-Gottwalt-Grundschule Eschenbach i.d.OPf. in den Sprengel der Grundschule Am Rauhen Kulm Speinshart umgegliedert.

§ 2

In § 1 Abs. 3 Buchstabe b) der Verordnung über die Organisation der öffentlichen Grundschule Am Rauhen Kulm, Landkreis Neustadt a.d.Waldnaab, vom 30. Juli 2010 Nr. 44.11-5102-NEW-46 (RABl. S. 91), geändert mit Verordnung vom 21. Juli 2011 Nr. 44-5102-NEW-54 (RABl. S. 166), werden die Worte „mit Ausnahme des Gemeindeteils Zettlitz“ gestrichen.

§ 3

§ 1 Abs. 3 der Verordnung über die Organisation der öffentlichen Grundschule Eschenbach i.d.OPf., Landkreis Neustadt a.d.Waldnaab, vom 30. Juli 2010 Nr. 44.11-5102-NEW-43 (RABl. S. 90) erhält folgende Fassung:

„Als Sprengel der Schule ist das Gebiet der Stadt Eschenbach i.d.OPf. bestimmt.“

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. August 2023 in Kraft.

Regensburg, 27. April 2023
Regierung der Oberpfalz

Walter Jonas
Regierungspräsident

Bekanntmachungen der Zweckverbände

**Haushaltssatzung
des Zweckverbandes Nahverkehr Amberg-Sulzbach für das Haushaltsjahr 2023**

I.

Gemäß § 17 und § 18 der Zweckverbandssatzung vom 4. Juli 2005 (RABl 10/2005, S. 49 ff.) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Januar 2009 (RABl S. 12), Art. 40 ff. des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (BayRS 2020-6-1-I) i. V. m. Art. 61 ff der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (BayRS 2020-1-1-I) erlässt der Zweckverband folgende

Haushaltssatzung

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 wird hiermit festgesetzt, er schließt

im Verwaltungshaushalt	
in den Einnahmen und Ausgaben mit	9.584.300,00 €
und im Vermögenshaushalt	
in den Einnahmen und Ausgaben mit	750.000,00 €
ab.	

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen sind nicht vorgesehen.

§ 4

Die Höhe des durch sonstige Einnahmen nicht gedeckten Bedarfs (Umlagesoll) wird auf 7.400.000,00 Euro festgesetzt. Das Umlagesoll wird im Verhältnis 50:50 von der Stadt Amberg und dem Landkreis Amberg-Weizsäcker getragen.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 500.000 Euro festgesetzt.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2023 in Kraft.

II.

Die Regierung der Oberpfalz hat als Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 29. März 2023 Az. ROP-SG12-1512.2-19-10-2 festgestellt, dass die Haushaltssatzung keine genehmigungspflichtigen Bestandteile enthält.

III.

Die Haushaltssatzung samt Anlagen liegt vom Tage der Veröffentlichung der Bekanntmachung bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung des Zweckverbandes Nahverkehr Amberg-Weizsäcker bei der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Nahverkehr Amberg-Weizsäcker in 92224 Amberg, Rathausstraße 4 während der allgemeinen Dienststunden öffentlich zur Einsichtnahme auf.

Amberg, den 10. März 2023
Zweckverband Nahverkehr Amberg-Weizsäcker

Michael Cerny
Zweckverbandsvorsitzender
Oberbürgermeister

Allgemeinverfügung
Allgemeine Vorschrift im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007¹⁾
des Zweckverbandes Nahverkehr Amberg-Weizsäcker
über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif
im allgemeinen ÖPNV

Bund und Länder haben sich darauf geeinigt, ein digitales, deutschlandweit gültiges „Deutschlandticket“ für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu einem Einführungspreis von 49 Euro pro Monat im monatlich kündbaren Abonnement einzuführen. Das Deutschlandticket startet zum 1. Mai 2023. Das bundesweit gültige Deutschlandticket ermöglicht den Fahrgästen mit einem einfachen und günstigen Angebot die Nutzung des ÖPNV und stellt einen Baustein für einen attraktiven ÖPNV dar. Daneben wird mit dem von Bund und Ländern noch zu erarbeitenden Ausbau- und Modernisierungspakt auch das verkehrliche Angebot weiterentwickelt.

¹ VERORDNUNG (EG) Nr. 1370/2007 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315/1) in der Fassung der Verordnung (EU) 2016/2338 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 14. Dezember 2016 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 hinsichtlich der Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste (ABl. L 354/22)

Bei der Umsetzung des Deutschlandtickets arbeiten Bund, Länder, kommunale Spitzenverbände und Unternehmensverbände eng zusammen. Bund und Länder stellen für das Deutschlandticket ab 2023 jeweils 1,5 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung. Hierzu hat der Bund das Regionalisierungsgesetz (RegG) angepasst. Bund und Länder haben sich weiterhin darauf verständigt, dass die notwendige Auskömmlichkeit des Tarifs für das Deutschlandticket gewährleistet wird. Etwaige Mehrkosten, die den Verkehrsunternehmen im Einführungsjahr 2023 entstehen, werden je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen. Auch in den Folgejahren wollen Bund und Länder gemeinsam vereinbaren, wie die Finanzierung durch Ticketeinnahmen und Zuschüsse sichergestellt wird.

Auf dieser Grundlage haben Bund und Länder im Rahmen von Muster-Richtlinien zum Ausgleich nicht gedeckter Ausgaben im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket im Jahr 2023 aus Bundes- und Landesmitteln vom 20. März 2023 (im Folgenden: Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023) Maßstäbe zur einheitlichen Ermittlung des mit der Einführung des Deutschlandtickets verbundenen Ausgleichs abgestimmt. Die Muster-Richtlinien regeln die Ausreichung dieser Finanzmittel durch die Länder an die Aufgabenträger und Aufgabenträgerorganisationen des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) sowie des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs (allgemeiner ÖPNV). Die Muster-Richtlinien sind von den Ländern jeweils noch auf die konkreten Verhältnisse vor Ort anzupassen und umzusetzen. Im Freistaat Bayern wird dies im Rahmen einer Richtlinie des Freistaats Bayern zur Umsetzung der Muster-Richtlinien erfolgen (im Folgenden: Richtlinie Bayern Deutschlandticket 2023). Die wesentlichen Teile der bundesweit abgestimmten Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023 sind verbindlich und bundesweit einheitlich umzusetzen.

Den Aufgabenträgern obliegt es, auf dieser Basis den Ausgleich der Auswirkungen des Deutschlandtickets im Verhältnis zu den Verkehrsunternehmen des SPNV und des allgemeinen ÖPNV nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 im Rahmen öffentlicher Dienstleistungsaufträge oder allgemeiner Vorschriften zu regeln.

Der ÖPNV im Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach wird unter dem Dach des Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg (VGN) durchgeführt. Das Angebot für die Fahrgäste erstreckt sich dabei auf die Zuständigkeitsgebiete aller Aufgabenträger, die im Rahmen des VGN zusammenarbeiten. Die Zuständigkeit für die Vergabe von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen und den Erlass allgemeiner Vorschriften für den allgemeinen ÖPNV liegt aktuell bei den jeweiligen Aufgabenträgern des allgemeinen ÖPNV. Die Zuständigkeit für die Vergabe von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen und den Erlass allgemeiner Vorschriften im SPNV liegt beim Freistaat Bayern, der sich hierfür teilweise der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) bedient. Für den SPNV hat der Freistaat Bayern eine allgemeine Vorschrift zur Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif erlassen.

Um eine rechtzeitige Umsetzung des Deutschlandtickets im allgemeinen ÖPNV in seinem Zuständigkeitsgebiet zum 1. Mai 2023 sowie eine rechtskonforme Finanzierung hierfür zu gewährleisten, erlässt Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach vor diesem Hintergrund eine allgemeine Vorschrift im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 in Form einer Allgemeinverfügung. Die allgemeine Vorschrift regelt rechtsverbindlich die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung der im Zuständigkeitsgebiet des Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach tätigen Verkehrsunternehmen des allgemeinen ÖPNV zur Anerkennung des Deutschlandtickets sowie im Gegenzug einen Ausgleich der hierdurch entstehenden finanziellen Nachteile unter Bezugnahme auf die Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023. Hierdurch werden die Vorgaben des RegG bezogen auf das Zuständigkeitsgebiet des Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach umgesetzt.

1. Rechtsgrundlagen

Auf Grundlage von § 8 Abs. 3 und § 8a Abs. 1 Sätze 2 und 3 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG), Art. 8 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern (BayÖPNVG) sowie Art. 3 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 2 Buchst. I) der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 erlässt der Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach die nachfolgende allgemeine Vorschrift zur Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif im allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr (allgemeiner ÖPNV) und zur Gewährung von Ausgleichsleistungen für finanzielle Nachteile im Zusammenhang mit der Beförderung von Fahrgästen mit einem Deutschlandticket für sein Zuständigkeitsgebiet.

2. Gemeinwirtschaftliche Verpflichtung

- 2.1 Alle Verkehrsunternehmen, die im Geltungsbereich dieser allgemeinen Vorschrift (dazu Nr. Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.) öffentliche Personenverkehrsdienste des allgemeinen ÖPNV erbringen, sind verpflichtet, während der Laufzeit dieser allgemeinen Vorschrift (dazu Nr. 8) das Deutschlandticket im Sinne des § 9 Abs. 1 des Regionalisierungsgesetzes (RegG) als Höchsttarif gemäß Art. 3 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 gemäß den Vorgaben dieser allgemeinen Vorschrift entsprechend Nr. 2.2 anzuerkennen (im Folgenden „Tarifanerkennung“ bzw. „Tarifanerkennungspflicht“).
- 2.2 Die Tarifanerkennung im Sinne von Nr. 2.1 beinhaltet die Beförderung von Fahrgästen mit einem gültigen Deutschlandticket zu den bundesweit einheitlich geltenden Tarifbedingungen gemäß den Tarifbestimmungen Deutschlandticket vom 7. März 2023 (Anlage 1), ohne dass den Fahrgästen hierfür zusätzliche Kosten entstehen. Die Anerkennung des Deutschlandtickets verpflichtet das Verkehrsunternehmen nicht zum Vertrieb; soweit vorhanden (gemeinwirtschaftliche Verkehre, dazu Nr. 3.1) gelten diesbezüglich die entsprechenden Regelungen des jeweiligen öffentlichen Dienstleistungsauftrags zwischen dem Verkehrsunternehmen und der jeweils zuständigen Behörde. Die Verkehrsunternehmen sind im Zusammenhang mit der Anerkennung des Deutschlandtickets zudem berechtigt und verpflichtet, an der bundesweit abgestimmten Einnahmeverteilung für das Deutschlandticket nach Anlage 2 teilzunehmen, die hierfür erforderlichen Daten bereitzustellen, bestehende Einnahmenansprüche vollumfänglich geltend zu machen und ggf. diese Ansprüche überschüssende Einnahmen abzugeben. Die Verkehrsunternehmen sind zudem verpflichtet, wenn und soweit im Zusammenhang mit der Tarifanerkennung erforderlich, Tarifgenehmigungsanträge für das Deutschlandticket selbst zu stellen und/oder bei entsprechenden Tarifanträgen Dritter mitzuwirken und keine Einwände hiergegen vorzubringen. Sie haben in dem möglichen und erforderlichen Umfang an der bundesweit einheitlichen Umsetzung des Deutschlandtickets mitzuwirken. Die Umsetzung des Deutschlandtickets entsprechend den bundesweit abgestimmten Kontrollmerkmalen

ist technisch unter Einsatz entsprechender Kontrollgeräte zu gewährleisten; die bundesweit abgestimmten Eckpunkte zur Kontrolle des Deutschlandtickets sind einzuhalten. Werden Kosten für die Ertüchtigung von Kontrollinfrastruktur im Sinne von Nr. 5.4.4 der Muster-Richtlinien zum Ausgleich nicht gedeckter Ausgaben im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket im Jahr 2023 aus Bundes- und Landesmitteln vom 20. März 2023 (Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023 – Anlage 3) in Ansatz gebracht, ist das Verkehrsunternehmen verpflichtet, diese mindestens drei Jahre im ÖPNV in Deutschland einzusetzen (vgl. Nr. 6.2 der Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023).

- 2.3 Der Geltungsbereich dieser allgemeinen Vorschrift erstreckt sich geografisch auf das gesamte Gebiet, für das der Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach, unter Berücksichtigung von bestehenden Regelungen zur Übertragung von Zuständigkeiten mit benachbarten zuständigen Behörden, die Befugnis als zuständige Behörde im Sinne des Art. 2 Buchst. b) der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 für den allgemeinen ÖPNV innehat.

3. Vorrangige Regelungen öffentlicher Dienstleistungsaufträge; Abschluss von Umsetzungsvereinbarungen

- 3.1 Soweit öffentliche Personenverkehrsdienste im allgemeinen öffentlichen Personenverkehr auf Grundlage öffentlicher Dienstleistungsaufträge erbracht werden (gemeinwirtschaftliche Verkehrsdienste), gelten die Regelungen dieses öffentlichen Dienstleistungsauftrags einschließlich etwaiger Ergänzungen und/oder Nachträge im Grundsatz vorrangig vor den Regelungen dieser allgemeinen Vorschrift. Dies gilt in Bezug auf die Pflicht zur Tarifanerkennung nur insoweit, wie der jeweilige öffentliche Dienstleistungsauftrag eine entsprechende Pflicht zur Anerkennung des Deutschlandtickets enthält; im Übrigen ergibt sich die Tarifanerkennungspflicht einschließlich der hierfür zu gewährenden Ausgleichsleistungen aus dieser allgemeinen Vorschrift. Die Umsetzung der Tarifanerkennung im Einzelnen, die Ermittlung und Abwicklung der Ausgleichsleistungen sowie der erforderlichen Nachweisführung hierfür erfolgt auf Grundlage des jeweiligen öffentlichen Dienstleistungsauftrags unter vollständiger Beachtung der Regelungen dieser allgemeinen Vorschrift.

- 3.2 Soweit öffentliche Personenverkehrsdienste eigenwirtschaftlich erbracht werden, können zur Umsetzung dieser allgemeinen Vorschrift, soweit erforderlich, Umsetzungsvereinbarungen zwischen dem jeweiligen Verkehrsunternehmen und dem Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach abgeschlossen werden. In der jeweiligen Umsetzungsvereinbarung kann insbesondere die konkrete Abwicklung der Ausgleichsleistungen sowie der Nachweisführung nach Maßgabe dieser allgemeinen Vorschrift geregelt werden. Die Umsetzungsvereinbarung begründet keinerlei eigenständige Tarifanerkennungspflichten oder Ausgleichsansprüche.

4. Ausgleichsleistungen

- 4.1 Die Verkehrsunternehmen haben nach Maßgabe dieser allgemeinen Vorschrift Anspruch auf Ausgleichsleistungen für die ihnen durch die Anerkennung des Deutschlandtickets entstehenden finanziellen Nachteile. Die finanziellen Nachteile ergeben sich dabei aus einer Gegenüberstellung der Situation mit Anerkennung des Deutschlandtickets („Mit-Fall“) und der Situation mit Anwendung der bis dahin geltenden Tarife („Ohne-Fall“) unter Berücksichtigung sämtlicher hiermit jeweils verbundenen positiven und negativen Effekte. Bei der Gegenüberstellung sind die nachfolgenden Grundsätze zu beachten; die Einzelheiten sind bei Bedarf im Rahmen des jeweils zugrundeliegenden öffentlichen Dienstleistungsauftrags oder einer Umsetzungsvereinbarung nach diesen Grundsätzen zu regeln.

In Bezug auf die Ermittlung der Höhe der Ausgleichsleistungen für das Jahr 2023 gelten die Nrn. 5.4.1 bis 5.4.8 der Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023.

Für vollständig neu eingeführte verkehrliche Angebote, für die keine Referenzwerte des Jahres 2019 ermittelt werden können, ist zur Ermittlung der Soll-Einnahmen ausnahmsweise die Nutzung von Ist-Daten des Jahres 2022 zulässig. Sofern keine Werte aus den Vorjahren bestehen, sind validierte Prognosedaten zulässig. Diese Prognosedaten müssen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Ist-Daten zur Nutzung mit dem Deutschlandticket und der preislichen Elastizität beim Nachweisverfahren validiert werden.

- 4.1.1 Bezüglich der Ausgleichsleistungen auf Grundlage des § 45a PBefG ist zur Vermeidung von Verwerfungen im Zusammenhang mit der Tarifanerkennung des Deutschlandtickets eine entsprechende Erklärung zum Verfahren der Berechnung der Ausgleichsleistungen erforderlich, so lange keine landesgesetzliche Regelung zur Ersetzung des § 45a PBefG besteht. Ausgleichsleistungen nach Maßgabe dieser allgemeinen Vorschrift werden insoweit nicht gewährt.
- 4.1.2 Bestehende Ausgleichsregelungen für sonstige Tarifmaßnahmen bleiben unberührt. Dies gilt insbesondere für den gesetzlichen Ausgleichsanspruch nach den §§ 228 ff. SGB IX. Dies gilt gleichermaßen auch für weitere bestehende Tarifvorgaben und darauf bezogene Ausgleichsregelungen des Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach bzw. des Verkehrsverbunds Großraum Nürnberg (VGN) (aktuell für das 365-Euro-Ticket) oder Dritter, die für das Verkehrsunternehmen Geltung beanspruchen. Bestehen mehrere Ausgleichsregelungen nebeneinander, insbesondere bei Tarifvorgaben im Rahmen verschiedener allgemeiner Vorschriften, ist sicherzustellen, dass Ausgleichsleistungen für dieselbe Tarifvorgabe nicht mehrfach gewährt werden. Hierzu sind die jeweiligen Tarifvorgaben und die hierfür gewährten Ausgleichsleistungen im Rahmen der Nachweisführung (dazu Nr. 5) jeweils getrennt und nachvollziehbar darzustellen.
- 4.1.3 Der Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach kann künftig auch zusätzliche Tarifvorgaben und Ausgleichsregelungen treffen.
- 4.2 Bestehende Regelungen in öffentlichen Dienstleistungsaufträgen bleiben unberührt.

- 4.3 Die Ausgleichsleistungen nach dieser allgemeinen Vorschrift sind der Höhe nach begrenzt auf den finanziellen Nettoeffekt nach Art. 3 Abs. 2, Art. 4 Abs. 1 und Art. 6 Abs. 1 in Verbindung mit dem Anhang der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007. Diesbezüglich gilt:
- 4.3.1 Der finanzielle Nettoeffekt für die Erfüllung der Tarifpflicht aus dieser allgemeinen Vorschrift entspricht nach dem Anhang der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 der Summe aller (positiven und negativen) Auswirkungen aus der Erfüllung der Tarifpflicht im Geltungsbereich dieser allgemeinen Vorschrift in Bezug auf das Deutschlandticket. Für die Ermittlung des finanziellen Nettoeffekts ist somit eine Aufstellung aller Auswirkungen auf die Kosten und Einnahmen vorzunehmen. Bei den Auswirkungen auf die Einnahmen erfolgt eine Gegenüberstellung der Differenz des „Mit-Falls“ und des „Ohne-Falls“ entsprechend Nr. 4.1. Weitergehende Auswirkungen auf die Einnahmen können berücksichtigt werden, soweit diese im Einzelfall nachweisbar sind. Die Auswirkungen auf die Kosten (Ausgaben) richten sich ebenfalls nach Nr. 4.1.
- 4.3.2 Die Anforderungen des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 werden bei gemeinwirtschaftlichen Verkehren im Rahmen des jeweiligen öffentlichen Dienstleistungsauftrags umgesetzt. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf das Erfordernis einer Trennungsrechnung gemäß Nr. 5 sowie die Gewährleistung eines Anreizes gemäß Nr. 7 des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007. Im Hinblick auf die Vermeidung einer Überkompensation gilt Nr. 4.3.4; die Umsetzung ist im Rahmen des jeweiligen öffentlichen Dienstleistungsauftrags zu gewährleisten.
- 4.3.3 Bei eigenwirtschaftlichen Verkehren werden die Anforderungen des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 wie folgt gewährleistet:
- Die Vorgaben zur Trennungsrechnung gemäß Nr. 5 des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 sind einzuhalten.
 - Im Hinblick auf den angemessenen Gewinn nach Nr. 6 des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 gilt Nr. 4.3.4.
 - Der Anreiz gemäß Nr. 7 des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 ist umzusetzen.
- 4.3.4 Die Ausgleichsleistungen nach dieser allgemeinen Vorschrift dürfen nicht zu einer Überkompensation im Sinne des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 führen. Die Vermeidung einer Überkompensation wird unter Beachtung der Vorgaben von Nr. 6 des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 in Bezug auf den angemessenen Gewinn wie folgt gewährleistet: Die Überkompensationskontrolle ist jährlich durchzuführen. Die Ausgleichsleistung darf den finanziellen Nettoeffekt aus der Tarifanerkennung des Deutschlandtickets nicht übersteigen; sie ist begrenzt auf die Höhe, bei der ein angemessener Gewinn in Höhe von 5 Prozent vom Umsatz für die zugrundeliegenden Verkehrsdienste erreicht wird. Ein höherer Gewinn kann im Einzelfall als angemessen akzeptiert werden, wenn die Verkehrsdienste in einem europaweit bekanntgemachten Vergabeverfahren mit mehreren Bietern vergeben wurden und das Verkehrsunternehmen nachweist, dass es über die Laufzeit des öffentlichen Dienstleistungsauftrags, ohne Betrachtung der Corona-geprägten Jahre 2020 bis 2022, eine höhere Umsatzrendite mit den zugrundeliegenden Verkehrsdiensten erzielt hat. Das Verkehrsunternehmen stellt die für die Beurteilung erforderlichen Daten zu den Kosten und Erlösen umfassend zur Verfügung und ermöglicht so die Überprüfung des Vorliegens einer Überkompensation. Bei der Ermittlung des angemessenen Gewinns in öffentlichen Dienstleistungsaufträgen sind Kosten nur maximal in der Höhe berücksichtigungsfähig, die sich aus dem öffentlichen Dienstleistungsauftrag ergeben. Bei Bedarf können restriktivere Regelungen für den Einzelfall getroffen werden. Änderungen beim Angebot und Angebotsunterbrechungen sind entsprechend Nr. 4.1 angemessen zu berücksichtigen. Die Berechnung einschließlich der Datengrundlagen müssen einer Überprüfung durch den Zweckverband Nahverkehr Amberg-Weizsach oder dessen Beauftragten zugänglich gemacht werden (vgl. Nr. 5.7). Zum Nachweis einer nicht vorhandenen Überkompensation ist eine unternehmensindividuelle Aufstellung über die Berechnung des finanziellen Nettoeffekts aus der Erfüllung der Tarifvorgabe im Geltungsbereich dieser allgemeinen Vorschrift in Bezug auf das Deutschlandticket entsprechend Nr. 4.3.1 differenziert nach gemeinwirtschaftlichen Verkehren und eigenwirtschaftlichen Verkehren bis zum 31. Januar 2025 vorzulegen. Als Ergebnis der Aufstellung ist unter Berücksichtigung der Ausgleichsleistungen nach Maßgabe dieser allgemeinen Vorschrift die nicht erfolgte Überkompensation auszuweisen. Die Richtigkeit dieser Aufstellung ist bezogen auf jeden bestehenden öffentlichen Dienstleistungsauftrag bzw. jeden eigenwirtschaftlichen Verkehr von einem Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer zu bestätigen; betreibt das Verkehrsunternehmen im Geltungsbereich dieser allgemeinen Vorschrift mehrere eigenwirtschaftliche Verkehre können die Nachweise gesamthaft hierfür erbracht werden. Sollte im Einzelfall dennoch eine Überkompensation festgestellt werden, hat das Verkehrsunternehmen den überkompensierenden Betrag zur Vermeidung einer unzulässigen Beihilfe einschließlich Zinsen ab dem Eintritt der Überkompensation zurückzuzahlen.
- 5. Darlegungs- und Nachweispflichten**
- 5.1 Das Verkehrsunternehmen trägt die Darlegungs- und Nachweispflicht für sämtliche in dieser allgemeinen Vorschrift geregelten Voraussetzungen und Anforderungen an die Gewährung der Ausgleichsleistungen. Es ist verpflichtet, sämtliche für die Durchführung dieser allgemeinen Vorschrift erforderlichen Angaben vollständig und wahrheitsgemäß zu machen.
- 5.2 Die Verkehrsunternehmen sind verpflichtet, für ihren Vertrieb (umfasst eigene Verkäufe des Verkehrsunternehmens und Verkäufe im Namen/auf Rechnung des Verkehrsunternehmens) sicherzustellen, dass bis zum 20. eines Monats für den Vormonat alle Verkäufe des Deutschlandtickets an die von der Arbeitsgemeinschaft aus dem Verband Deutscher

Verkehrsunternehmen e.V., der Deutschlandtarifverbund GmbH, dem Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen e.V. und dem Bundesverband SchienenNahverkehr e.V. gebildete EAV-Clearingstelle gemeldet werden. Soweit Dritte Deutschlandtickets verkaufen, obliegt die Meldung nach den Sätzen 1 und 2 diesen Dritten. Dies gilt auch, wenn die Erlöse aus diesen Verkäufen dem Verkehrsunternehmen im Zuge eines Einnahmenaufteilungsverfahrens zugeschrieben werden. Der Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach erhält in jedem Fall eine Abschrift der Meldung.

- 5.3 Für die Antragstellung des Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach beim Freistaat Bayern gemäß Nr. 7.1 der Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023 am 30. September 2023 sind von den Verkehrsunternehmen bis zum 15. August 2023 vorzulegen:
- Berechnungen bzw. eine Schätzung/Prognose der Höhe der voraussichtlichen Ausgleichsleistungen auf Grundlage der in Nr. 5.4 Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023 genannten Berechnungsmethode;
 - Prognosen der Verbundorganisationen über die Minderungen gemäß Nr. 5.4 sowie weitere begründende Unterlagen; sofern entsprechende Daten von der Verbundorganisation nicht zur Verfügung gestellt werden, hat das Verkehrsunternehmen entsprechende Prognosen und begründende Daten selbst vorzulegen.
- 5.4 Vorzulegen sind vorläufig mit dem bis dahin letztverfügbaren Stand bis zum 31. März 2024 (für den Nachweis des Freistaats Bayern gegenüber dem Bund bis zum 30. Juni 2024 nach § 9 Abs. 6 i. V. m. Anlage 8 RegG) und endgültig bis zum 31. Dezember 2024 (Daten für den Nachweis des Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach gegenüber dem Freistaat Bayern bis zum 31. März 2025 nach Nr. 6.5 Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023) die nachfolgend aufgeführten Daten und Nachweise. Auf Anforderung sind die zugrundeliegenden Daten und Berechnungen offenzulegen. Soweit bezogen auf die Vorlage der endgültigen Daten und Nachweise das endgültige Ergebnis der jeweiligen Einnahmenaufteilung maßgeblich ist, dies jedoch zum 31. Dezember 2024 noch nicht vorliegt, wird der zu diesem Zeitpunkt letztverfügbare Stand der Einnahmenaufteilung (jedoch nicht älter als einen Monat) zugrunde gelegt; eine spätere Korrektur findet ungeachtet der Pflicht zum Nachreichen von Testaten nicht statt.
- 5.4.1 Für den Referenzzeitraum Mai bis Dezember 2019 sind die nachfolgenden Daten und Nachweise vorzulegen:
- die Fahrgeldeinnahmen in diesem Zeitraum für jeden Tarifbereich (Verbundtarife, Übergangstarife, landesweite Tarife, Haustarif), in dem das Verkehrsunternehmen tätig ist;
 - die für den jeweiligen Monat dem Verkehrsunternehmen zugeordneten Fahrausweise und Erlöse differenziert nach der jeweiligen Kartenart und Preisstufe sowie die Höhe des Tarifs. Zusätzlich anzugeben ist der Umfang der Betriebsleistungen im gesamten Kalenderjahr 2019 in Soll-Fahrplan-Kilometern;
 - Bestätigungen der Verbundorganisationen über die aufzuteilenden Einnahmen der Monate Mai bis Dezember 2019 und die EAV sowohl für die hochgerechneten als auch für die tatsächlichen Fahrgeldeinnahmen; hinzuzufügen sind auch betragsmäßige Erlösminderungen aus Vertriebsprovisionen;
 - Nachweis über Fahrgeldeinnahmen im Jahr 2019; der Referenzzeitraum ist gesondert auszuweisen.
- 5.4.2 Zur Berechnung der um die Tarifierpassungen auf den Zeitraum Mai bis Dezember 2023 hochgerechneten tatsächlichen Fahrgeldeinnahmen:
- für die im Referenzzeitraum (Nr. 5.4.1) bestehenden Kartenarten und Preisstufen die jeweilige Höhe des Tarifs am Stichtag 30. April 2023;
 - soweit sich in Einzelfällen keine entsprechenden Referenzpreise zuordnen lassen oder es sich um stückzahlunabhängige Pauschalangebote handelt, die mittels der aus der Berechnung nach Nr. 5.4.1.1 Satz 1 der Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023 abgeleiteten durchschnittliche prozentuale Tarifierpassung hochgerechneten Höhe des jeweiligen rechnerischen Tarifs;
 - soweit Tarife im Zeitraum vom 1. Mai 2022 bis zum 30. April 2023 nicht angepasst wurden und ein Nachweis dafür erbracht wird, die Berechnung nach Nr. 5.4.1.1 Sätze 1 bis 3 der Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023, mit der die so ermittelten Fahrgeldeinnahmen um 5 Prozent erhöht werden;
 - die Anzahl der Abonentinnen und Abonenten im April 2023 und im Januar 2024;
 - der Umfang der Betriebsleistungen in Soll-Fahrzeug-, Wagen-, bzw. Zugkm im Betriebsjahr 2023 und das Verhältnis zum Kalenderjahr 2019.
- 5.4.3 Zur Ermittlung und Prüfung der Höhe der Ausgleichsleistungen sind bezogen auf das Kalenderjahr 2023 vorzulegen:
- die gemäß Nr. 5.4.1.2 der Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023 ermittelten, anzusetzenden tatsächlichen Fahrgeldeinnahmen der Monate Mai bis Dezember 2023;
 - Bestätigung der Verbundorganisationen zum Ergebnis der Einnahmenaufteilung; auf Anforderung sind diese auch für die Vorjahre vorzulegen;

- die jeweils maßgeblichen Regelungen und/oder Vereinbarungen zur Durchführung der Einnahmenaufteilung für die Tarife, die das Verkehrsunternehmen anwendet oder anerkennt; auf Anforderung sind diese auch für die Vorjahre vorzulegen;
 - Nachweise über die erzielten Einnahmen und Erlöse sowie zur Einnahmenaufteilung bei Gemeinschaftstarifen einschließlich der Zuordnung zum jeweils für den öffentlichen Dienstleistungsauftrag oder den eigenwirtschaftlichen Verkehr maßgeblichen Zuständigkeitsgebiet für die Monate Mai bis Dezember 2023; sollte der Nachweis nicht fristgerecht vorliegen, ist zunächst eine vorläufige Bescheinigung des jeweiligen Verbundes über die Einnahmenezuscheidung beizubringen; der Nachweis ist in diesem Fall schnellstmöglich nachzureichen;
 - Nachweise über die im Zusammenhang mit der Anerkennung des Deutschlandtickets entstandenen (Mehr-)Kosten, soweit diese nach Maßgabe der Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023 ausgeglichen werden;
 - Nachweise über positive oder negative Effekte hinsichtlich der Ausgleichszahlungen auf Grundlage der §§ 228 ff. SGB IX nach Maßgabe von Nr. 5.4.1 der Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023;
 - Nachweise über Minderungen anderer Ausgleichsleistungen aus allgemeinen Vorschriften nach Maßgabe von Nrn. 5.4.1 und 5.4.3 der Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023;
 - Nachweise über positive und negative Effekte für das Verkehrsunternehmen in Bezug auf Vertriebsprovisionen, die sich aus der Anerkennung des Deutschlandtickets für die Monate Mai bis Dezember 2023 ergeben.
- 5.4.4 Zur Ermittlung und Prüfung der Höhe der Ausgleichsleistungen sind bezogen auf die gesamte Laufzeit des öffentlichen Dienstleistungsauftrags bzw. die gesamte Laufzeit der einem eigenwirtschaftlichen Verkehr zugrundeliegenden Linien-genehmigungen vorzulegen:
- vollständige Angaben über die durch das Verkehrsunternehmen verkauften Tarife und Tickets (kassentechnische Einnahmen) jeweils differenziert nach Kalendermonaten und allen Kartenarten und Preisstufen einschließlich der Höhe der Tarife und der Stückzahlen jeweils für die Tarife, die das Verkehrsunternehmen anwendet;
 - vollständige Angaben über die durch das Verkehrsunternehmen erzielten Fahrgelderlöse differenziert nach Kalendermonaten und allen Kartenarten und Preisstufen einschließlich der Höhe der Tarife und der Stückzahlen jeweils für die Tarife, die das Verkehrsunternehmen anwendet oder anerkennt; maßgeblich sind bei Gemeinschaftstarifen, vorbehaltlich der nachfolgenden Regelung, die endgültigen Ansprüche des Verkehrsunternehmens nach Maßgabe der Einnahmenaufteilungen;
 - vollständige Angaben zur jeweiligen Ergiebigkeit (Euro je Personenkilometer und Tarifsorte) und Verkehrsleistung (Reiseweiten, Gesamtnachfrage in Personen und Personenkilometern), soweit diese Daten im Rahmen der jeweiligen Einnahmenaufteilung zu Grunde gelegt werden;
 - Nachweis über weitere Tarifvorgaben und deren tarifliche Auswirkungen (Mindereinnahmen) einschließlich der hierfür gewährten Ausgleichsleistungen; diese sind von den tariflichen Auswirkungen (Mindereinnahmen) des Deutschlandtickets und den hierfür gewährten Ausgleichsleistungen nachvollziehbar abzugrenzen, sodass ein doppelter Ausgleich ausgeschlossen ist;
 - Nachweise über die Entwicklung von Vertriebsprovisionen, soweit positive und/oder negative Effekte in Bezug auf Vertriebsprovisionen insbesondere beim Vertrieb durch Dritte oder für Dritte im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket entstehen;
 - Nachweis der nicht vorhandenen Überkompensation gemäß Nr. 4.3.4 einschließlich Bestätigung der Einhaltung der im Rahmen dieser allgemeinen Vorschrift geregelten Anforderungen sowie der korrekten Ermittlung, Vollständigkeit und sachlichen Richtigkeit der Daten;
 - Bestätigung der Richtigkeit der gemachten Angaben und vorgelegten Daten.
- 5.5 Der Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach kann vom Verkehrsunternehmen die Vorlage weiterer Angaben und Nachweise verlangen, soweit dies zur Erfüllung der Nachweispflichten nach den Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023 oder insbesondere aufgrund von Rechtsvorschriften sowie Anforderungen der EU-Kommission oder des Obersten Rechnungshofes erforderlich ist. Werden die unter Nrn. 5.2 bis 5.4 genannten sowie ggf. darüber hinaus die gemäß Satz 1 geforderten Unterlagen und Nachweise nicht fristgerecht vorgelegt, kann die Ausgleichsleistung ganz oder teilweise versagt werden. Bereits geleistete Abschlagszahlungen sind insoweit zurückzuzahlen.
- 5.6 Die Darlegungs- und Nachweisführung erfolgt bei gemeinwirtschaftlichen Verkehren unter Beachtung der vorstehenden Grundsätze auf Basis des jeweils geltenden öffentlichen Dienstleistungsauftrags nach Maßgabe der dortigen Regelungen. Bei eigenwirtschaftlichen Verkehren können in der Umsetzungsvereinbarung ergänzende Regelungen zur Darlegungs- und Nachweisführung getroffen werden.

- 5.7 Der Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach kann die von dem Verkehrsunternehmen nach Maßgabe dieser allgemeinen Vorschrift beizubringenden Daten, Nachweise, Kalkulationen, Testate oder ähnliches selbst oder durch einen von ihm bestimmten, zur Verschwiegenheit verpflichteten, Dritten prüfen lassen. Das Verkehrsunternehmen ist verpflichtet, auf entsprechendes Verlangen Einblick in die hierfür notwendigen Unterlagen zu gewähren.
- 5.8 Im Hinblick auf die Übermittlung und Verarbeitung von Betriebs-, Geschäfts- sowie ggf. personenbezogenen Daten werden die jeweils geltenden rechtlichen Vorgaben beachtet. Sofern die jeweils geltenden Richtlinien Deutschlandticket diesbezüglich weitergehende Vorgaben trifft, werden diese ebenfalls umgesetzt. Bei Bedarf werden hierzu entsprechende Vereinbarungen zwischen Verkehrsunternehmen und dem Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach getroffen. Gleiches gilt in Bezug auf die Aufbewahrung der zugrundeliegenden Unterlagen und Daten sowie für die hierfür geltenden Fristen.
- 6. Abwicklung der Ausgleichsleistungen, Abschlagszahlungen**
- 6.1 Soweit in dem jeweiligen öffentlichen Dienstleistungsauftrag oder der Umsetzungsvereinbarung keine entsprechende Regelung getroffen wird, gewährt der Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach dem Verkehrsunternehmen Abschlagszahlungen auf Grundlage der Prognoserechnungen gemäß Nr. 6.2 für die aufgrund der Einführung des Deutschlandtickets zu erwartenden Mindereinnahmen von insgesamt 90 Prozent in mehreren Teilzahlungen.
- 6.2 Zur Ermittlung der Höhe der Abschlagszahlungen gemäß Nr. 6.1 bezogen auf das Jahr 2023 hat das Verkehrsunternehmen dem Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach im April 2023 die erste Prognoserechnungen in das Online-Portal unter <https://dtby.intraplan.de/site/login> des Freistaates Bayern einzustellen. Weitere Prognoserechnungen sind auf Grundlage der gemäß Nr. 5.2 zu meldenden Verkaufsdaten auf entsprechende Anforderung zu erstellen; hierzu sind die zu meldenden Verkaufsdaten zu aktualisieren und entsprechend zu begründen. Der Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach entscheidet auf dieser Basis über eine erforderliche Anpassung der Abschlagszahlungen.
- 6.3 Die endgültige Ermittlung der Ausgleichsleistungen nach Maßgabe dieser allgemeinen Vorschrift erfolgt unter Berücksichtigung der Abschlagszahlungen nach Nr. 6.1. Dies beinhaltet auch eine Regelung zu Nachzahlungen bzw. zum Umgang mit Überzahlungen (Rückerstattung oder Verrechnung) einschließlich etwaiger Verzinsungen.
- 6.4 Der Betreiber des Online-Portals nach Nr. 6.2 ist als datenschutzrechtlich Verantwortlicher zur Verarbeitung personenbezogener Daten berechtigt, soweit dies für die Zwecke dieser allgemeinen Vorschrift erforderlich ist.
- 7. Veröffentlichung nach Art. 7 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007**
- 7.1 Der Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach ist über die auf Grundlage dieser allgemeinen Vorschrift gewährten Ausgleichsleistungen berichtspflichtig gemäß Art. 7 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007. Soweit ein öffentlicher Dienstleistungsauftrag besteht, sind die Ausgleichsleistungen nach Maßgabe dieser allgemeinen Vorschrift Bestandteil der Ausgleichsleistungen auf Grundlage des jeweiligen öffentlichen Dienstleistungsauftrags; sie können somit gesamt-haft zusammen mit den weiteren Ausgleichsleistungen dieses öffentlichen Dienstleistungsauftrags im Rahmen des Berichts nach Art. 7 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 dargestellt werden.
- 7.2 Sofern dies für die Gewährleistung der Berichtspflicht nach Art. 7 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 erforderlich ist, können Daten, die im Zusammenhang mit dieser allgemeinen Vorschrift stehen, auch nachträglich von den Verkehrsunternehmen eingefordert werden. Verkehrsunternehmen, denen Ausgleichsleistungen aufgrund dieser allgemeinen Vorschrift gewährt werden, können sich insoweit nicht auf Vertraulichkeit bzw. die Geheimhaltung der von ihnen gemachten Angaben berufen.
- 8. Inkrafttreten und Geltungsdauer; Außerkrafttreten**
- 8.1 Diese allgemeine Vorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der Regierung von Oberpfalz in Kraft (Art. 41 Abs. 4 Satz 4 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz). Die Verpflichtung nach Nr. 2 tritt zum 1. Mai 2023 in Kraft.
- 8.2 Diese allgemeine Vorschrift tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2023 außer Kraft. Die Abwicklung des Verfahrens über die Gewährung von Ausgleichsleistungen für das Jahr 2023 wird auch nach dem Außerkrafttreten gemäß Satz 1 nach den Regelungen dieser allgemeinen Vorschrift zu Ende geführt (insbesondere Erfüllung sämtlicher Nachweispflichten durch die Verkehrsunternehmen und Durchführung der Schlussabrechnung durch den Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach). Die allgemeine Vorschrift kann durch allgemeine Vorschrift verlängert, geändert oder aufgehoben werden.
- 8.3 Der Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach kann diese allgemeine Vorschrift und die damit verbundene Pflicht zur Anerkennung des Deutschlandtickets außer Kraft setzen, insbesondere wenn der Bund oder der Freistaat Bayern keine ausreichende Unterstützung des Deutschlandtickets mehr sicherstellen, um die auf Basis der allgemeinen Vorschrift bestehenden Ausgleichsansprüche vollumfänglich zu befriedigen. Im Falle eines vorzeitigen Außerkraftsetzens entfällt der Ausgleichsanspruch mit Wirkung für die Zukunft; ein angemessener Vorlauf ist zu gewährleisten.

Begründung:

Der Freistaat Bayern hat sich gemeinsam mit den anderen Ländern und dem Bund zur Einführung und anteiligen Finanzierung des Deutschlandtickets zum 01. Mai 2023 geeinigt. Er erlässt auf Grundlage der zwischen dem Bund und den Ländern abgestimmten Muster-Richtlinien Deutschlandticket 2023 die Bayerische Richtlinie Deutschlandticket 2023, um die Finanzierung gegenüber den Aufgabenträgern des SPNV und des allgemeinen ÖPNV im Freistaat Bayern zu gewährleisten.

Für eine rechtskonforme Ausreichung der Finanzmittel durch die Aufgabenträger des SPNV und des allgemeinen ÖPNV im Freistaat Bayern an die Verkehrsunternehmen bedarf es entsprechender Regelungen im Rahmen öffentlicher Dienstleistungsaufträge und/oder allgemeiner Vorschriften im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007. Vor diesem Hintergrund erlässt der Zweckverband Nahverkehr Amberg-Weizsäckchen in seiner Funktion als Aufgabenträger für den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr gemäß Art. 8 Abs. 1 Satz 1 BayÖPNVG und als gemäß Art. 8 Abs. 2 BayÖPNVG zuständige Behörde im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 in ihrem sachlichen und geografischen Zuständigkeitsgebiet auf Grundlage von Art. 3 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 2 Buchst. I) der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 eine allgemeine Vorschrift in der Form einer Allgemeinverfügung über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif. Die Allgemeinverfügung regelt mit dem Ziel einer im Gebiet des Zweckverbandes Nahverkehrs Amberg-Weizsäckchen flächendeckenden und einheitlichen Anwendung des Deutschlandtickets spezifisch die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung zur Anerkennung des Deutschlandtickets als Höchsttarif und enthält korrespondierend hierzu die Regelungen zur Ermittlung der Ausgleichsleistungen für die Tarifanerkennungspflicht. Um ein einheitliches Vorgehen innerhalb des VGN zu gewährleisten, haben die zuständigen Aufgabenträger des allgemeinen ÖPNV vereinbart, im Grundsatz jeweils gleichlautende allgemeine Vorschriften zur Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif im allgemeinen ÖPNV zu erlassen.

Die Allgemeinverfügung setzt die Vorgaben des Rechts der Europäischen Union nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 durch transparente und diskriminierungsfreie Ausreichung der Mittel an die Verkehrsunternehmen um. Die Ausgleichsleistungen sind auf den finanziellen Nettoeffekt aus der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung zur Anerkennung des Deutschlandtickets beschränkt.

Hinweis:

Gemäß Art. 41 Abs. 4 Satz 1 BayVwVfG ist nur der verfügbare Teil einer Allgemeinverfügung öffentlich bekannt zu machen. Die Allgemeinverfügung liegt mit Begründung, Anlagen und Rechtsbehelfsbelehrung im Zweckverband Nahverkehr Amberg-Weizsäckchen, Rathausstraße 4, 92224 Amberg, Zimmer 3 zur Einsicht aus. Sie kann nach vorheriger Terminvereinbarung während der allgemeinen Dienstzeiten eingesehen werden (Art. 41 Abs. 4 Satz 2 BayVwVfG).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem örtlich zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht erhoben werden.

Örtlich zuständig ist das Bayerische Verwaltungsgericht, in dessen Bezirk der Kläger seinen Sitz oder Wohnsitz hat:

- Regierungsbezirk Oberbayern: Verwaltungsgericht München in 80335 München, Bayerstraße 30,
- Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz: Verwaltungsgericht Regensburg in 93047 Regensburg, Haidplatz 1,
- Regierungsbezirk Oberfranken: Verwaltungsgericht Bayreuth in 95444 Bayreuth, Friedrichstraße 16,
- Regierungsbezirk Unterfranken: Verwaltungsgericht Würzburg in 97082 Würzburg, Burkarderstraße 26,
- Regierungsbezirk Mittelfranken: Verwaltungsgericht Ansbach in 91522 Ansbach, Promenade 24-28,
- Regierungsbezirk Schwaben: Verwaltungsgericht Augsburg in 86152 Augsburg, Kornhausgasse 4.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

Für Kläger ohne Sitz oder Wohnsitz im Freistaat Bayern ist das Verwaltungsgericht München in 80335 München, Bayerstraße 30, örtlich zuständig.

Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!

Ab 1. Januar 2022 muss der in § 55d VwGO (Verwaltungsgerichtsordnung) genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Amberg, den 24. April 2023

Michael Cerny
Oberbürgermeister, Verbandsvorsitzender

**Haushaltssatzung
des Zweckverbandes Müllverwertung Schwandorf
für das Jahr 2023**

Aufgrund der §§ 19 ff. der Verbandssatzung in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Juni 2006 (RABl OPf. S. 22), zuletzt geändert durch Satzung vom 31. Juli 2018 (RABl OPf. S. 92), und der Art. 40 ff. des Gesetzes über die Kommunale Zusammenarbeit - KommZG - (BayRS 2020-6-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Dezember 2022 (GVBl S. 674), in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern - GO - (BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Dezember 2022 (GVBl S. 674) erlässt der Zweckverband Müllverwertung Schwandorf folgende

Haushaltssatzung

§ 1

Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2023 wird hiermit festgesetzt; er schließt ab

im **Erfolgsplan** mit

dem Gesamtbetrag der Erträge von	81.797.500 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von	89.187.400 €
und einem Saldo von	-7.389.900 €

im **Vermögensplan** mit

Einnahmen und Ausgaben von	108.750.000 €.
----------------------------	----------------

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan werden in Höhe von 208.780.000 € festgesetzt.

§ 4

1. Verbandsumlage

Der durch Gebühren und sonstige Einnahmen nicht gedeckte Bedarf zur Finanzierung von Ausgaben im Erfolgsplan wird auf

0 € (= Umlagesoll)

festgesetzt.

2. Investitionsumlage

Eine Investitionsumlage wird nicht festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan wird auf 5.000.000 € festgesetzt.

§ 6

Weitere Festsetzungen werden nicht vorgenommen.

§ 7

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2023 in Kraft.

Schwandorf, den 24. April 2023
Zweckverband Müllverwertung Schwandorf

Thomas Ebeling
Verbandsvorsitzender

Herausgeber und Verleger: Regierung der Oberpfalz, 93039 Regensburg
E-Mail: regierungsamtsblatt@reg-opf.bayern.de; Telefon: 0941 5680-1111 oder -1396
Das Regierungsamtsblatt erscheint in der Regel einmal monatlich (15. eines jeden Monats) und nach Bedarf. Für die inhaltliche Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der externen Beiträge übernimmt die Regierung der Oberpfalz keine Verantwortung. Das Regierungsamtsblatt wird auf den Internetseiten der Regierung der Oberpfalz unter <http://www.regierung.oberpfalz.bayern.de> veröffentlicht.



Landratsamt
Straubing-Bogen

Landratsamt Straubing-Bogen · Postfach 0463 · 94304 Straubing

Betroffene Gemeinden
des
Landkreises Straubing-Bogen



Straubing, 01.06.2023

AZ: 31-5622

Ihr Ansprechpartner:
Herr Gilch

oder nach Vereinbarung
Zimmer 318

Telefon 09421/973-234
Telefax 09421/973-178

gilch.tobias@landkreis-straubing-
bogen.de

Fleischhygienerecht, Personelle Veränderungen in der amtlichen Fleischuntersuchung ab 01.06.2023

Anlage:
1 Übersicht

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum 01.06.2023 ergeben sich in den Fleischhygienebezirken des Landkreises Straubing-Bogen personelle Änderungen bei der Wahrnehmung der amtlichen Untersuchungen einschließlich der Hygieneüberwachung in den jeweiligen Schlachtbetrieben.

Die Änderungen entnehmen Sie bitte der beigefügten Übersicht.

Die von den Änderungen betroffenen Gemeinden werden gebeten, auf die personellen Veränderungen durch ortsübliche Bekanntmachung hinzuweisen.

Wir werden zudem auf die Änderungen durch Veröffentlichung im Straubinger Tagblatt hinweisen und diese auch auf der Homepage und im Amtsblatt des Landkreises Straubing-Bogen veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Gilch
Regierungsoberinspektor

Landratsamt Straubing-Bogen
Leutnerstraße 15 · 94315 Straubing
Telefon 09421/973-0
landratsamt@landkreis-straubing-bogen.de
www.landkreis-straubing-bogen.de

Sprechzeiten:
Montag bis Freitag 7.⁰⁰ - 12.⁰⁰ Uhr, Montag 13.⁰⁰ - 16.⁰⁰ Uhr,
Donnerstag 13.⁰⁰ - 17.⁰⁰ Uhr
Schalterschluss in der Zulassungsstelle eine halbe Stunde vor Ende der Sprechzeit.
Sie erreichen uns mit dem Stadtverkehr Straubing, Linie 3 und mit der Bahn, Haltestelle Straubing-Ost

I. An Gemeinden/Verwaltungsgemeinschaften

VG Rain:

- Gemeinde Aholting
94345 Aholting
- Gemeinde Atting
94348 Atting
- Gemeinde Perkam
94368 Perkam
- Gemeinde Rain
94369

- Gemeinde Feldkirchen
94351 Feldkirchen

- Gemeinde Laberweinting
84082 Laberweinting

- Gemeinde Leibfing
94339 Leibfing

VG Aiterhofen:

- Gemeinde Salching
94330 Salching

- Stadt Geiselhöring
94333 Geiselhöring

Verzeichnis
der Fleischhygienebezirke
im Landkreis Straubing-Bogen
(sortiert nach Gemeinden)

Stand: 01.06.2023

**Fleischhygienebezirke Landkreis SR-BOG
Stand 01.06.2023**

Fleischhygienebezirk	Amtlicher Tierarzt	Vertreter
Gemeinde Aholfing	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
Gemeinde Aiterhofen	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
Gemeinde Ascha	Dr. Astrid Winter 94360 Mitterfels Tel.: 0157/58372710	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823
Gemeinde Atting	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
Gemeinde Falkenfels	Dr. Astrid Winter 94360 Mitterfels Tel.: 0157/58372710	Dr. Räß Christina 94344 Wiesenfelden Tel.: 09966/902800
Gemeinde Feldkirchen	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
Gemeinde Haibach	Dr. Bartels Julian 94234 Viechtach Tel.: 09942/3107	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
<u>Hausschlachtungen</u>	Zeidler Gabi 94379 St. Englmar Tel.: 0151/68145634	Dr. Bartels Julian 94234 Viechtach Tel.: 09942/3107
Gemeinde Haselbach	Dr. Astrid Winter 94360 Mitterfels Tel.: 0157/58372710	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
Gemeinde Hunderdorf I gesamter Gemeindebereich <u>außer</u> Gaishausen und Steinburg	Dr. Weinzierl Waltraud 94374 Schwarzach Tel.: 09962/910089	Dr. Astrid Winter 94360 Mitterfels Tel.: 0157/58372710

**Fleischhygienebezirke Landkreis SR-BOG
Stand 01.06.2023**

Fleischhygienebezirk	Amtlicher Tierarzt	Vertreter
Gemeinde Hunderdorf II <u>nur</u> Ortsteile Gaishausen und Steinburg	Dr. Astrid Winter 94360 Mitterfels Tel.: 0157/58372710	Dr. Weinzierl Waltraud 94374 Schwarzach Tel.: 09962/910089
Gemeinde Irlbach	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
Gemeinde Kirchroth	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823	Dr. Räß Christina 94344 Wiesenfelden Tel.: 09966/902801
Gemeinde Konzell <u>Hausschlachtungen</u>	Dr. Bartels Julian 94234 Viechtach Tel. 09942/3107 Zeidler Gabi 94379 St. Englmar Tel.: 0151/68145634	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810 Dr. Bartels Julian 94234 Viechtach Tel. 09942/3107
Gemeinde Laberweinting I Ortsteile Aumühle, Eitting, Franken, Haader, Hart, Hinterbach, Klause, Ödwiesen, Osterham, Reuth, Ruhstrof, Weichs, Laberweinting, Asbach, Bruckhof, Eckenthal, Haimerlkofen, Hakirchen, Hofkirchen, Neuhofen, Leitersdorf, Poschenhof	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823	Dr. Folwarczny Johannes 84066 Mallersdorf-Pf. Tel: 08772/5650
Gemeinde Laberweinting II Ortsteile: Allkofen, Brech, Grafentraubach, Habelsbach, Kreuth, Obergraßlfing, Reichermühle, Untergraßlfing, Zeißlhof	Dr. Karpf Susanne 84066 Mallersdorf- Pf. Tel.: 08772/277	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823

**Fleischhygienebezirke Landkreis SR-BOG
Stand 01.06.2023**

Fleischhygienebezirk	Amtlicher Tierarzt	Vertreter
Gemeinde Laberweinting III nur Schlachtbetrieb Unsicher	Im monatlichen Wechsel Körstel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823 Dr. Folwarczny Johannes 84066 Mallersdorf-Pf. Tel: 08772/5650	Im monatlichen Wechsel Dr. Folwarczny Johannes 84066 Mallersdorf-Pf. Tel: 08772/5650 Körstel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823
Gemeinde Leibfing	Körstel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
Gemeinde Loitzendorf <u>Hausschlachtungen</u>	Dr. Bartels Julian 94234 Viechtach Tel.: 09942/3107 Zeidler Gabi 94379 St. Englmar Tel.: 0151/68145634	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810 Dr. Bartels Julian 94234 Viechtach Tel. 09942/3107
Gemeinde Mallersdorf-Pfaffenberg I Ortsteile: Baumühle, Dillkofen, Ettersdorf, Haumühle, Mallersdorf (ohne Metzg. Baumann), Pfaffenberg, Ried, Scharrn, Schiermühle, Seethal, Steinkirchen, Upfkofen, Waschmühle und Westen	Dr. Karpf Susanne 84066 Mallersdorf- Pf. Tel.: 08772/277	Dr. Folwarczny Johannes 84066 Mallersdorf-Pf. Tel: 08772/5650

**Fleischhygienebezirke Landkreis SR-BOG
Stand 01.06.2023**

Fleischhygienebezirk	Amtlicher Tierarzt	Vertreter
<p>Gemeinde Mallersdorf-Pfaffenberg II</p> <p>Ortsteile: Ascholtshausen, Berghausen, Galling, Hagenauerhof, Hirschenkreut, Hochstetten, Holzen, Hörgelsdorf, Holztraubach, Kleinzaitzkofen, Kumpfmühle, Lehlbach, Mitterhaselbach, Neuburg, Oberhaselbach, Oberhausen, Oberlindhart, Schöfbach, Waldhof, Weinberg, Winisau, Winkelmühle, Winkelruh, Unterhausen, Breitenhart, Hainkirchen, Hainthal, Klause, Niederlindhart, Oberellenbach, Pisat, Roith, Stierstorf, Unterellenbach, Wagensonn, Weilnberg, Winkl</p> <p>sowie Metzgerei Baumann, Mallersdorf Pfaffenberg</p>	<p>Dr. Folwarczny Johannes 84066 Mallersdorf-Pf. Tel.: 08772/5650</p>	<p>Dr. Karpf Susanne 84066 Mallersdorf- Pf. Tel.: 08772/277</p>
<p>Gemeinde Mariaposching</p> <p><u>Hausschlachtungen</u></p>	<p>Dr. Weinzierl Waltraud 94374 Schwarzach Tel.: 09962/910089</p> <p>Langhans Walter 94553 Mariaposching Tel.: 09906/942370</p>	<p>Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823</p> <p>Dr. Weinzierl Waltraud 94374 Schwarzach Tel.: 09962/910089</p>
<p>Gemeinde Mitterfels</p>	<p>Dr. Astrid Winter 94360 Mitterfels Tel.: 0157/58372710</p>	<p>Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823</p>
<p>Gemeinde Neukirchen</p> <p><u>Hausschlachtungen</u></p>	<p>Dr. Astrid Winter 94360 Mitterfels Tel.: 0157/58372710</p> <p>Zeidler Gabi 94379 St. Englmar Tel.: 0151/68145634</p>	<p>Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810</p> <p>Dr. Astrid Winter 94360 Mitterfels Tel.: 0157/58372710</p>

**Fleischhygienebezirke Landkreis SR-BOG
Stand 01.06.2023**

Fleischhygienebezirk	Amtlicher Tierarzt	Vertreter
Gemeinde Niederwinkling	Dr. Weinzierl Waltraud 94374 Schwarzach Tel.: 09962/910089	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823
<u>Hausschlachtungen</u>	Langhans Walter 94553 Mariaposching Tel.: 09906/942370	Dr. Weinzierl Waltraud 94374 Schwarzach Tel.: 09962/910089
Gemeinde Oberschneiding	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
Gemeinde Parkstetten	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823	Dr. Winter Astrid 94360 Mitterfels Tel.: 0157/58372710
Gemeinde Perasdorf	Dr. Weinzierl Waltraud 94374 Schwarzach Tel.: 09962/910089	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823
<u>Hausschlachtungen</u>	Langhans Walter 94553 Mariaposching Tel.: 09906/942370	Dr. Weinzierl Waltraud 94374 Schwarzach Tel.: 09962/910089
Gemeinde Perkam	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
Gemeinde Rain	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
Gemeinde Rattenberg	Dr. Bartels Julian 94234 Viechtach Tel. 09942/3107	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
<u>Hausschlachtungen</u>	Zeidler Gabi 94379 St. Englmar Tel.: 0151/68145634	Dr. Bartels Julian 94234 Viechtach Tel. 09942/3107

**Fleischhygienebezirke Landkreis SR-BOG
Stand 01.06.2023**

Fleischhygienebezirk	Amtlicher Tierarzt	Vertreter
Gemeinde Rattiszell	Dr. Astrid Winter 94360 Mitterfels Tel.: 0157/58372710	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
<u>Hausschlachtungen</u>	Zeidler Gabi 94379 St. Englmar Tel.: 0151/68145634	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
Gemeinde Salching	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
Gemeinde Sankt Englmar	Dr. Bartels Julian 94234 Viechtach Tel. 09942/3107	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
<u>Hausschlachtungen</u>	Zeidler Gabi 94379 St. Englmar Tel.: 0151/68145634	Dr. Bartels Julian 94234 Viechtach Tel. 09942/3107
Gemeinde Schwarzach	Dr. Weinzierl Waltraud 94374 Schwarzach Tel.: 09962/910089	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823
<u>Hausschlachtungen</u>	Dr. Weinzierl Waltraud 94374 Schwarzach Tel.: 09962/910089	Langhans Walter 94553 Mariaposching Tel.: 09906/942370
Gemeinde Stallwang	Dr. Räß Christina 94344 Wiesenfelden Tel.: 09966/902800	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
<u>Hausschlachtungen</u>	Zeidler Gabi 94379 St. Englmar Tel.: 0151/68145634	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810
Gemeinde Steinach	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823	Dr. Winter Astrid 94360 Mitterfels Tel.: 0157/58372710
Gemeinde Straßkirchen	Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823	Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810

**Fleischhygienebezirke Landkreis SR-BOG
Stand 01.06.2023**

Fleischhygienebezirk	Amtlicher Tierarzt	Vertreter
<p>Gemeinde Wiesenfelden</p> <p><u>Hausschlachtungen:</u> Ortsteile nördlich der Linie Geraszell/ Göttlingerhöfen</p> <p>Ortsteile südlich der Linie Geraszell/ Göttlingerhöfen einschl. Geraszell/ Göttlingerhöfen</p>	<p>Dr. Räß Christina 94344 Wiesenfelden Tel.: 09966/902800</p> <p>Zeidler Gabi 94379 St. Englmar Tel.: 0151/68145634</p> <p>Dr. Räß Christina 94344 Wiesenfelden Tel.: 09966/902800</p>	<p>Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823</p> <p>Dr. Räß Christina 94344 Wiesenfelden Tel.: 09966/902800</p> <p>Zeidler Gabi 94379 St. Englmar Tel.: 0151/68145634</p>
<p>Gemeinde Windberg</p>	<p>Dr. Weinzierl Waltraud 94374 Schwarzach Tel.: 09962/910089</p>	<p>Dr. Astrid Winter 94360 Mitterfels Tel.: 0157/58372710</p>
<p>Stadt Bogen</p> <p>außer Geflügelschlachtbetrieb Donautal</p>	<p>Dr. Weinzierl Waltraud 94374 Schwarzach Tel.: 09962/910089</p>	<p>Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823</p>
<p>Stadt Geiselhöring</p>	<p>Körtel Alexander 94315 Straubing Tel.: 09421/33823</p>	<p>Pielmeier Katharina 94362 Neukirchen Tel: 0151/57646810</p>

3. Änderungssatzung

zur Gebührensatzung für die Kreismusikschule des Landkreises Straubing-Bogen vom 05.07.2021

Auf der Grundlage des Art. 2 Abs. 1, Art. 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) erlässt der Landkreis Straubing-Bogen folgende Satzung:

§ 1

Die Gebührensatzung für die Kreismusikschule des Landkreises Straubing-Bogen vom 05.07.2021 wird wie folgt geändert:

Das Gebührenverzeichnis für die Kreismusikschule des Landkreises Straubing-Bogen wird wie folgt gefasst:

Gebührenverzeichnis für die Kreismusikschule des Landkreises Straubing-Bogen

(gemäß § 3 Ziff. 1 Bestandteil der Gebührensatzung
für die Kreismusikschule des Landkreises Straubing-Bogen)

I. Musikzwerge/Mus. Früherziehung/Mus. Grundausbildung/Elementare Singklasse/Ensemble- und Ergänzungsfächer, Kinderchor, Jugendchor	a) 45 Minuten	jährlich	177 €
	b) 60 Minuten	jährlich	235 €
II. Gruppenunterricht (Instrumental oder Vokal)	a) 2 Schüler, 45 Min.	jährlich	583 €
	b) 3 Schüler, 45 Min.	jährlich	454 €
	c) 4 Schüler, 45 Min.	jährlich	389 €
III. Einzelunterricht (Instrumental oder Vokal)	a) 30 Minuten	jährlich	712 €
	b) 45 Minuten	jährlich	1.024 €
IV. Förderklasse		jährlich	1.024 €
V. Workshops/Einzelveranstaltungen		einmalig nach Sondervereinbarung	
VI. Leihinstrumente			

a) bis 1.000 € Kaufpreis	monatlich	10 €
b) bis 1.500 € Kaufpreis	monatlich	15 €
c) über 1.500 € Kaufpreis	monatlich	20 €

Sollte der Gemeindebeitrag in Höhe von 150 € je Schüler von der Wohnsitzgemeinde des Schülers nicht übernommen werden, erhöht sich die maßgebliche Gebühr um diesen Betrag. Dies gilt nicht für Volljährige, deren Gebühr sich gem. § 3 Ziff. 5 der Gebührensatzung um 50 % erhöht.

Hinweis: Für Teilnehmende mit Wohnsitz außerhalb des Landkreises Straubing-Bogen wird im Rahmen der Sondervereinbarung nach § 2 Ziff. 1 S. 2 und 3 der Satzung für die Kreismusikschule des Landkreises Straubing-Bogen in der Regel ein Zuschlag von jeweils 50% der jeweiligen Jahresgebühr erhoben, sofern die betreffende Gebietskörperschaft nicht diesen Betrag übernimmt. Dieser Zuschlag wird nicht erhoben für Teilnehmende der Bläserklasse am Burkhart-Gymnasium in Mallersdorf-Pfaffenberg.

§ 2

Diese 3. Änderungssatzung tritt zum 01.09.2023 in Kraft.

Straubing, 24.05.2023
Landkreis Straubing-Bogen


Laumer
Landrat

Beteiligungsbericht 2021

Der Bericht über die Beteiligungen des Landkreises an Unternehmen in der Rechtsform des Privatrechts (Beteiligungsbericht 2021) wurde dem Kreistag in seiner Sitzung am 22.05.2023 vorgelegt.

Der Landkreis weist gemäß Art. 82 Abs. 3 Satz 5 der Landkreisordnung darauf hin, dass der Beteiligungsbericht für das Jahr 2021 im Landratsamt Straubing-Bogen, Leutnerstraße 15, Zimmer 119, für jedermann zur Einsicht aufliegt.

Straubing, 24.05.2023
Landratsamt Straubing-Bogen
-Finanzverwaltung-
gez. Raml

MANÖVERMELDUNG

Manöver und andere Übungen der Bundeswehr und der Streitkräfte der Entsendestaaten (Bekanntmachung der Bayer. Staatskanzlei vom 11.07.1983, StAnz Beilage Nr. 30 vom 29.07.1983);

Manövermeldung im Landkreis Straubing-Bogen

Verband:

Lehr-/Ausbildungszentrum Einsatz, Mitterharthausen 55, 94351 Feldkirchen

Art und Name:

Truppenübung „Schneller Luchs Kw. 25 + 26“, ELSA MINUSMA

Übungsraum:

Gäubodenkaserne Mitterharthausen – Standortübungsplatz Metting – Gemeinde Feldkirchen – Landkreis Straubing-Bogen

Voraussichtliche Ballungsräume:

Die Übungsteilnehmer bewegen sich im Rahmen einer Patrouille mit Kraftfahrzeugen und zu Fuß zwischen der Gäubodenkaserne Mitterharthausen, dem Standortübungsplatz Metting und der Gemeinde Feldkirchen.

Besonderheiten:

Die Übungslagen werden innerhalb des Standortübungsplatzes Metting durchgeführt.

Zeit:

19.06. – 30.06.2023

Der Bevölkerung wird nahegelegt, sich den Einrichtungen der übenden Truppen und von evtl. liegengelassenen militärischen Sprengmitteln (Fundmunition und dgl.) fernzuhalten. Auf die Strafbarkeit des Auflesens von Sprengmitteln wird hingewiesen.

Wer Kampfmittel findet, hat dies unverzüglich der nächsten Polizeidienststelle anzuzeigen. Zuwiderhandlungen können nach § 18 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen als Ordnungswidrigkeit geahndet werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass Übungsschäden, welche die Bundeswehr allein verursacht hat bzw. die Stationierungskräfte allein oder gemeinsam mit der Bundeswehr verursacht haben oder deren Verursacher unbekannt ist, bei der zuständigen **Gemeinde** anzumelden sind, welche Meldung nach Formblatt direkt an das Bundeswehr-Dienstleistungszentrum Bogen weiterleitet bzw. die Schäden bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Schadensregulierungsstelle, Regionalbüro Süd Nürnberg, Rudolphstraße 28 - 30, 90489 Nürnberg, anmeldet.

Die Gemeinden werden gebeten, für die ortsübliche Bekanntmachung zu sorgen sowie die Jagdausübungsberechtigten und die Bewohner abgelegener Gemeindeteile und Gehöfte von der Übung zu verständigen.

Einwendungen gegen diese Übung oder einschränkende Bedingungen sind dem Landratsamt Straubing-Bogen unverzüglich mitzuteilen.


Steinbauer

Landratsamt Straubing-Bogen
Leutnerstraße 15 - 94315 Straubing
Telefon 09421/973-0
landratsamt@landkreis-straubing-bogen.de
www.landkreis-straubing-bogen.de

Sprechzeiten:

Montag bis Freitag 7.⁴⁵ - 12.⁰⁰ Uhr, Montag 13.⁰⁰ - 16.⁰⁰ Uhr,
Donnerstag 13.⁰⁰ - 17.⁰⁰ Uhr

Zulassungsstelle und Führerscheinstelle bieten gesonderte Öffnungszeiten.

Sie erreichen uns mit dem Stadtverkehr Straubing, Linie 3 und mit der Bahn, Haltestelle Straubing-Ost